

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 9 86 846 pabn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Siegfried Vergin MdB und Evelin Fischer MdB zu den Reaktionen auf die Morde in Solingen: "Beispiel geben" ist Pflicht des Politikers.

Seite 1

Gerd Andres MdB zur Notwendigkeit, Nationalismus und Rassismus zu überwinden: Viele Kulturen - eine Zukunft.

Seite 2

Julian Gyger zu einer Parlamentsinitiative gegen die regierende CSU: Verfassungsklage "Amigo-Ausschuß" eingereicht.

Seite 3

Dokumentation

Namhafte Politiker und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens haben unter dem Eindruck des Erstarken des Rechtsextremismus den Verein 'Gegen Vergessen - Für Demokratie' gegründet. Der Wortlaut ihrer Selbstdarstellung

Seite 4

48. Jahrgang / 103

2. Juni 1993

"Beispiel geben" ist Pflicht des Politikers Zu den Reaktionen auf die Morde in Solingen

Von Siegfried Vergin und Evelin Fischer
Mitglieder des Deutschen Bundestages
Projekt-Arbeitsgruppe "Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt"

Es wäre angemessen gewesen, am Samstag ein Zeichen der Trauer und Solidarität zu setzen, Solidarität mit den Opfern des Mordes in Solingen, mit den Verletzten und ihren Angehörigen. Die Absage aller öffentlichen Veranstaltungen aber blieb aus.

Im Solinger Stadtteil Wald fand Zeitungsmeldungen zufolge das Pfingstochsenfest statt, allerdings wurde es zu einer Benefizveranstaltung für die Brandopfer umgewidmet und auf Musik wurde verzichtet. Überall in Deutschland wurde das Pfingstfest gefeiert, so als wäre nichts geschehen.

Aber es ist etwas geschehen. In der Bundesrepublik wurden - wieder einmal - Menschen ermordet, weil sie keine Deutschen sind. Die Türkinen wurden verbrannt, weil Deutsche sich zu Herren über Leben und Tod machen.

Der Staat muß dem Terror gegen Ausländerinnen und Ausländer ein Ende bereiten. Dazu bedarf es keiner neuen Gesetze, sondern der vollen Ausschöpfung der bestehenden.

Wir kritisieren den Bundeskanzler, der bis jetzt öffentlich nicht in Erscheinung getreten ist. "Beispiel geben" ist eine Pflicht des Politikers, der die erste Verantwortung der Regierung trägt.

Wir danken dem türkischen Botschafter für seine vermittelnde, zum Innere Frieden aufrufende Haltung.

(-/2. Juni 1993/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Erstellt auf Ökopapier
wirderteten Abfällen
Recycling-Papier



Viele Kulturen - eine Zukunft

Zur Notwendigkeit, Nationalismus und Rassismus zu überwinden

Von Gerd Andreas MdB

Sprecher der Facharbeitsgruppe "Ausländische Arbeitnehmer" der SPD-Bundestagsfraktion

Hoffnung klang in dem Leitspruch der Woche der ausländischen Mitbürger 1991/92 "Viele Kulturen - eine Zukunft" und der starke Wille, das gesetzte Ziel erreichen zu wollen. Bedrückend der Untertitel: Nationalismus und Rassismus in Europa überwinden.

Doch die sich hierin ausdrückende Warnung wurde bei vielen Verantwortungsträgern gerne überhört. Zu sehr war man mit der Diskussion um das Asylrecht befaßt. Sprach von "den Ausländern", die unser Land "überfremden" und der Notwendigkeit, stärkere polizeiliche Maßnahmen ergreifen oder deutschen Arbeitnehmern Arbeitsplätze sichern zu müssen. Wer setzte sich in dieser Zeit für die Existenzängste und Identitätskrisen der einheimischen ausländischen Wohnbevölkerung ein, die - als Nicht-EG-Staatler - mit sogenannten "Schein- und Wirtschaftsasylanten" in einen Topf geworden wurden; Sündenböcke einer in Deutschland nachlassenden Wirtschaft, die sie nicht zu vertreten haben?

Die schreckliche Gewalttat von Mölln schien für einen Moment alle politischen Ebenen aufzurütteln. Ein Ergebnis: das Opferentschädigungsgesetz. Und dann?

Fünf Tote in Solingen und viele Verletzte in mehreren Städten. Sie alle sind Ausländer! Jetzt warten wir auf die Beileidserklärungen und Reden der "traurigen" Politiker aus unserem "ausländerfreundlichen Land Deutschland" und die "Entschiedenheit der deutschen Demokraten und der Bundesregierung" dagegen vorzugehen. Und das Wichtigste: nach drei Tagen ist alles vergessen, so der verbitterte Kommentar der Föderation der Volksvereine türkischer Sozialdemokraten e.V.

Viele ausländische Mitbürger haben Angst und beklagen vielfältige Diskriminierungen im Alltag. Entspricht es nicht den Grundsätzen einer demokratischen Gesellschaft, daß Menschen, die viele Jahre in ihr ihren Lebensmittelpunkt haben, dort politisch mitgestalten, mitentscheiden und mitbestimmen sollten und können?

Seit Mölln hat sich nichts geändert. Von der Regierungsfraktion werden die Entwürfe zur Erleichterung der Einbürgerung und doppelten Staatsangehörigkeit abgelehnt, der Versuch unternommen, mögliche weitergehende Erleichterungen für türkische Arbeitnehmer aus dem EuGH-Urteil "KUS" zu unterbinden, der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt auch nach Erteilung der ersten Arbeitserlaubnis erschwert und nach einem arbeitsreichen, harten Leben schwebt über dem Haupt des türkischen Rentners die Möglichkeit der Abschiebung, wenn er aufgrund der geringen Rente zum Sozialhilfeempfänger wird. Ganz zu schweigen von dem jährlichen Kampf um Haushaltsmittel zur Beratung und Förderung der in der Bundesrepublik Deutschland arbeitenden ausländischen Bevölkerung.

Sicherlich werden Gesetze allein keine Rechtsübergreife verhindern. Aber aus der geschichtlichen Vergangenheit heraus wissen wir, daß Rassismus nicht nur ein soziales, sondern auch ein politisches Problem ist, das somit auch politisch bekämpft werden muß. Je mehr ausländerpolitische Verschärfung von etablierten Parteien gefordert und eine verantwortungsbewußte Eingliederung der einheimischen ausländischen Bevölkerung verhindert wird, desto mehr Erfolg können radikale Gruppierungen verzeichnen.

Der niederträchtige Mordanschlag von Solingen zeigt noch mehr: Am Ende einer langen Toleranzschwelle formiert sich auch bei ausländischen Jugendlichen Gewalt.

Es liegt in unserer Verantwortung zu verhindern, daß die Bewegung der Bürger unseres Landes: "Miteinander leben - in einer gemeinsamen Zukunft", die sich in hunderten von Lichterketten, Begegnungen und gemeinsamen Diskussionen ausdrückt, nicht an der Starrheit der Politik und der mangelnden Durchsetzbarkeit gegen ausländerfeindliche Gewalttäter scheitert.

(-/2. Juni 1993/rs/ks)

Verfassungsklage "Amigo-Ausschuß" eingereicht
Zu einer Parlamentsinitiative gegen die regierende CSU

Von Julian Gyger
Spracher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Zur Wahrung des in allen deutschen Verfassungen - auch in Artikel 25 der Bayerischen Verfassung - gewährleisteten Rechts der Parlamentsminderheit auf Einsetzung von Untersuchungsausschüssen haben 76 Mitglieder des Bayerischen Landtags und die drei Oppositionsfraktionen - SPD, Grüne und FDP - Dr. Klaus Hahnzog und Rechtsanwalt Dr. Michael Bihler beauftragt, wegen der Landtagsentscheidungen zum "Amigo-Untersuchungsausschuß" Klage zum Bayerischen Verfassungsgerichtshof einzulegen. Die Klage wurde beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof eingereicht, um zu einer möglichst schnellen Einsetzung des Untersuchungsausschusses zu kommen.

In der 40 Seiten umfassenden Antragschrift - zuzüglich eines umfangreichen Anlagenteils - wird detailliert dargelegt, daß die CSU-Landtagsfraktion in 32 Punkten gegen die Verfassung verstoßen hat.

Eine eingehende Auswertung der Rechtsprechung der Verfassungsgerichte - insbesondere auch des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes - und der verfassungsrechtlichen Literatur ergibt, daß die Streichung der von der Minderheit gestellten Fragen und die Hinzufügung neuer Fragenkomplexe durch die CSU-Fraktion jeweils verfassungswidrig sind. Das Recht auf Einsetzung von Untersuchungsausschüssen ist das wichtigste von der Verfassung gewährte Recht eines Parlaments zur Kontrolle der Regierung und zur Aufklärung von Mißständen.

Die Bedeutung dieses Rechts ist im Zuge der tatsächlichen Verschiebung der Gewaltenteilung von ihrem ursprünglichen Ausgangspunkt Gesamtparlament/Exekutive hin zur Opposition/Landtagsmehrheit plus Exekutive verfassungsrechtlich wichtiger denn je.

Die Fraktionen von SPD, Grünen und FDP legen deshalb schon aus grundsätzlichen Erwägungen Wert auf die verfassungsgerichtliche Bestätigung ihres Minderheitenrechts. Das ist auch für die CSU von Interesse, zumal sie in absehbarer Zeit auf eine verfassungsrechtlich korrekte Handhabung des Minderheitenrechts angewiesen sein wird.

Im übrigen ist die verfassungsrechtliche Klärung unabhängig von der aktuellen personellen Konstellation der Staatsregierung. Es geht hier um allgemeine Verhaltensweisen der Mitglieder der Staatsregierung und nicht nur von Max Streibl, die im Interesse des Ansehens der Demokratie einer Aufklärung und Änderung bedürfen. Schließlich betreffen die Fragen des Untersuchungsausschusses auch andere Kabinettsmitglieder, die zum Teil - wie Innenminister Stoiber - schon selbst erkennen ließen, daß bestimmte Verhaltensweisen hinterfragt werden müssen.

(-/2. Juni 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

"Gegen Vergessen - Für Demokratie"

Namhafte Politiker aus verschiedenen Parteien und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens haben unter dem Eindruck des Erstarken des Rechtsextremismus dem Verein "Gegen Vergessen - Für Demokratie" gegründet. Er will, wie es in seinem Statut heißt "die Erinnerung an unsere Vergangenheit wachhalten und sowohl national als auch international demokratische Gesinnung fördern". Wir dokumentieren die Selbstdarstellung dieses Vereins, zu deren Gründungsmitglieder Hans Koschnick, Wolfgang Löder, Friedbert Pflüger, Heinz Putzrath, Wolfgang Ullmann und Hans-Jochen Vogel gehören.

Wir stellen uns vor

Im Verein "Gegen Vergessen - Für Demokratie" haben sich Menschen aus verschiedenen Bereichen und politischen Richtungen zusammengeschlossen, Mitglieder von Verfolgtenorganisationen, Wissenschaftler, Politiker, Pädagogen und Journalisten.

Wir wollen die Erinnerung an unsere Vergangenheit wachhalten und sowohl national als auch international demokratische Gesinnung fördern.

Wir wollen dazu beitragen, über die Ursprünge und Strukturen des Nationalsozialismus aufzuklären und über die Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung seiner Gegner und Opfer. Wir wollen die Erinnerung wachhalten an Opposition und Widerstand.

Wir wollen daran mitarbeiten, die Entwicklung des Kommunismus zu erhellen, und auch hier aufzuklären über Verfolgung, Opposition und Widerstand.

Wir wollen helfen, die Auseinandersetzung mit Feindbildern und Rassismus voranzutreiben, mit Fremden- und Ausländerfeindlichkeit, mit Antisemitismus und anderen Formen des politischen Extremismus.

Wie wollen wir arbeiten?

Wir respektieren und anerkennen, was bisher geleistet worden ist: von den Verfolgtenverbänden und in der Forschung, von Fördervereinen und vielen Pädagogen, in den Gedenkstätten und anderen Institutionen und Initiativen. Trotz zum Teil widerstreitender ideologischer Hintergründe und sehr unterschiedlicher Konzeptionen halten wir diese Arbeit für wertvoll. Ohne selbst einen eigenen großen Apparat aufbauen zu wollen, möchten wir durch Kooperation und Kommunikation das Gespräch untereinander fördern, die Zusammenarbeit intensivieren und mit den jeweiligen Partnern gemeinsam das tun, was notwendig erscheint. Wünschenswert erscheint uns dabei die Unterstützung der politischen Stiftungen sowie der Bundeszentrale und der Landeszentralen für Politische Bildung.

Aufgabenfelder und Arbeitvorhaben

Erinnern und Bewahren

Um zu erinnern und zu bewahren, um über die nationalsozialistische, aber auch über die kommunistische Verfolgungs- und Vernichtungspolitik aufzuklären, sind die großen und kleinen Gedenkstätten mit ihren baulichen Zeugnissen, künstlerisch gestalteten Mahnmalen, Ausstellungen und Archiven von zentraler Bedeutung.

Deshalb müssen alle politischen und gesellschaftlichen Initiativen unterstützt werden, die sich für die Bewahrung der Gelände und Baulichkeiten (wie zum Beispiel in Auschwitz, Ravensbrück und Neuengamme) einsetzen und lokale Gedenkstätten einrichten wollen. Dabei werden wir uns bemühen, daran mitzuwirken, daß es bei der Ausarbeitung entsprechender Konzepte nicht zu unzulässigen Verkürzungen und Verfälschungen kommt.

Sichern und Erforschen

An verschiedenen Orten, in vielen Archiven und Institutionen werden historische Dokumente gesichert. Der Verein will keine gegenständliche Forschung treiben, sondern, ganz im Sinne seiner Zielsetzung, auch hier daran mitwirken, ein Netzwerk zwischen den befaßten Stellen zu knüpfen, bei konkreten Forschungsvorhaben die gegenseitige Unterstützung zu verbessern und für eine größere Transparenz, einen besseren Zugang tätig zu sein.

Besondere Schwerpunkte in der Arbeit des Vereins sind die Sicherung und Dokumentation von Zeitzeugenberichten sowie die Beratung und Unterstützung örtlicher Forschungsinitiativen.

Zusammenarbeiten und Unterstützen

Erfreulicherweise haben sich viele Institutionen, Initiativen und Verbände zum Ziel gesetzt, durch Bewahren und Erinnern dem Vergessen entgegenzuwirken. Der Verein sieht seine Aufgabe darin, die unterschiedlichen Akzente und Schwerpunkte zu verdeutlichen, untereinander vorhandene Kontakte zu vertiefen, neue zu knüpfen und so möglichst viele Beteiligte zum gegenseitigen Nutzen in eine Kooperation einzubeziehen.

Um die Bedürfnisse und Erfordernisse miteinander abzustimmen, wird der Verein bemüht sein, Fachtagungen, Workshops, Studienfahrten und einen praxisorientierten Erfahrungsaustausch zu organisieren.

Weitergeben und Qualifizieren

Die beabsichtigte Arbeit soll und muß sich auf die Erfordernisse der schulschen und außerschulschen Bildungsarbeit beziehen. Nur so kann die nötige Transmission und Berücksichtigung historischer Erfahrungen bei der Bewältigung aktueller Fragen und Phänomene gesichert werden.

Wir unterstützen die These, daß gerade der Jugend gegenüber die demokratischen Inhalte unserer Verfassung aus der aktuell erlebten Demokratie abgeleitet werden müssen. Wir widersprechen aber Theorien, die eine Einbeziehung historischer Erfahrungen und Geschehnisse bei diesem Prozeß als unnötig, hinderlich oder gar kontraproduktiv darstellen.

Durch die Vermittlung von Referenten, Gesprächspartnern und Zeitzeugen sowie Fachtagungen für Multiplikatoren werden wir bemüht sein, der Erinnerung und der Verantwortung vor der Geschichte den ihr angemessenen Stellenwert zu sichern.

Verhindern und Abwehren

Was wir uns vorgenommen haben, gewinnt angesichts der aktuellen Gefahren besondere Bedeutung. Der Rechtsextremismus hat eine erschreckende Akzeptanz gefunden. Die aggressive Propaganda setzt sich fort in rechteradikalen Parolen wie "Auschwitz ist eine Propagandalüge" und geschickten Forderungen nach einer "Beendigung der Sieger-Geschichtsschreibung". Zumal in den neuen Bundesländern versuchen Gruppen im Blick auf die kommunistische Verfolgung die historischen Gewichte zu verschieben.

Mit und ohne Bezug zum organisierten Rechtsextremismus wächst die Bereitschaft, auf gesellschaftliche Defizite und Spannungen mit Fremden- und Ausländerfeindlichkeit zu reagieren. Sowohl in der Politik als auch in den Medien besteht die Gefahr, die Koordinaten nach rechts zu rücken.

Dieser Prozeß muß durchbrochen und gestoppt werden. Erinnerungsarbeit in angemessener und didaktischer Form kann hilfreich sein, diese gefährliche Entwicklung in unserer Gesellschaft aufzuhalten.

Was können Sie tun?

Unsere Arbeit wird vom Wechselspiel der Interessen, Ansätze, Bedürfnisse und nicht zuletzt von den Kompetenzen der Mitglieder bestimmt werden.

Jeder, der sich durch unsere Ziele und Vorhaben angesprochen fühlt, wird hiermit eingeladen, Mitglied zu werden.

Wir haben die Beiträge auf DM 100,00 jährlich festgelegt und werden bemüht sein, die Kosten der Arbeit auf ein vertretbares Maß zu begrenzen. Trotzdem werden natürlich Kosten entstehen, die alleine aus Beitragsmitteln nicht zu decken sind. Wir sind deshalb auf die Spendenbereitschaft auch der Mitglieder angewiesen und bitten Sie um eine Spende nach Ihrem eigenen Ermessen auf unser nachstehend aufgeführtes Konto.

Die Eintragung des Vereins in das Vereinsregister und die Beantragung der Gemeinnützigkeit sind eingeleitet.

Gründungsmitglieder des Vereins

Ernst Breit - Dr. Jürgen Burckhardt - Barbara Distel, Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau - Freimut Duve, MdB - Josef Felder - Günter Fehrenbach - Dirk Hansen, MdB - Dr. Burkhard Hirsch, MdB - Hans Koschnick, MdB und Präsident des Senats a.D. - Dr. Hanna-Renate Laurien, MdB, Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin - Heinz Lehmann, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge der SBZ/DDR - Wolfgang Lüder, MdB - Professor Dr. Susanne Miller - Dr. Diether Posser - Angelika Sabine Pfeiffer, MdB - Dr. Friedbert Pflüger, MdB - Heinz Putzrath, Bundesvorsitzender Arbeitsgemeinschaft Verfolgter Sozialdemokraten - Annemarie Renger, Bundestagspräsidentin a.D. - Dr. Jürgen Schmieder, MdB - Professor Dr. Klaus Schönhoven - Friedrich Schorlemmer - Paul Spiegel, Zentralrat der Juden in Deutschland - Carola Stern - Manfred Struck - Dr. Wolfgang Ullmann, MdB - Siegfried Vergin, MdB - Dr. Hans-Jochen Vogel, MdB - Ernst Waltemathe, MdB - Heinz Westphal, Bundestagsvizepräsident a.D.

Adresse: Verein "gegen Vergessen - für Demokratie", 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 139, Telefon: 0228 / 883335, Konto: 1105916100, BfG Bank AG, Filiale Bonn-Bad Godesberg, BLZ 380 101 11 (ab 1. Juli 1993 neue Postleitzahl: 53175).

(-/2. Juni 1993/rs/ks)
